

Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden des Verbandes Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V., Dipl.-Ing. Hanspeter Klein, anlässlich des Spitzengesprächs Europa des VFB NW mit MR Eberhard Waiz, Referatsleiter des Referats V.1 Grundsatzfragen der EU-Förderprogramme; Koordination der europäischen Fachpolitiken, Staatskanzlei des Landes NRW (Ersatz für den kurzfristig verhinderten Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid), am 23. September 2009, 17:00 Uhr, im Haus der Ärzteschaft, Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Waiz,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zum Dritten Spitzengespräch Europa des Verbandes Freier Berufe Nordrhein-Westfalen. Die Präsidenten, Vorsitzenden und Vorstände, die Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführer der freiberuflichen Kammern und Verbände NRWs freuen sich, dass Sie heute zum Thema „Der Stellenwert der Freien Berufe in Europa: zwischen Markt und Staat“ sprechen werden.

Schaut man sich die europapolitischen Schwerpunkte der Landesregierung NRWs für das Jahr 2009 an, so kann festgestellt werden: Sie, das heißt die Landesregierung, haben sich viel vorgenommen. Die Themen sind:

1. Reform des EU-Haushalts / Zukunft der Struktur- und Kohäsionspolitik
2. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse
3. Aktionsplan Staatliche Beihilfen
4. Überprüfung des Binnenmarktes mit Schwerpunkt KMU, also kleine und mittlere Unternehmen
5. Energie- und Klimaschutzpolitik
6. Europäisches Vertragsrecht
7. Integration (Migration und Mobilität)
8. Medien und Telekommunikation

Von besonderer Bedeutung ist dabei für die Freien Berufe der Punkt „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“: Der Vorgänger von NRW-Europaminister Krautscheid, der heutige Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Michael Breuer, den wir 2007 an gleicher Stelle begrüßen durften, hat die Wichtigkeit dieses Themas in der 9. Sitzung des Hauptausschusses des Landtags NRW am 26. Januar 2006 (APr 14/107) hervorgehoben. Dabei machte er deutlich, dass die Vertretung Nordrhein-Westfalens in Brüssel eine Vertretung des Landes und nicht der Landesregierung ist. Er versprach sich damals von der Landesvertretung, dass sie eine wirksame Vorfeldbeobachtung und Einflussnahme bei der europäischen Rechtssetzung übernimmt. Eine effiziente Landesvertretung solle für die Stärkung der Interessen Nordrhein-Westfalens in Europa stehen.

Dabei verdeutlichte Herr Breuer aber auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Landesvertretung im europäischen Politikprozess. Sie habe eine informelle Rolle ohne förmlichen Status. Eine offizielle Einbindung in die europäischen Entscheidungsverfahren gebe es nicht. In Brüssel stehe die Landesvertretung im Wettbewerb mit 200 anderen Regionalvertretungen aus 25 Mitgliedstaaten und mehreren Tausend Lobbyisten.

Er sah in der Landesvertretung die Möglichkeit, ein Schaufenster Nordrhein-Westfalens in Europa zu schaffen. Nordrhein-Westfalen könne sich so als eine attraktive europäische Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturregion präsentieren und den Akteuren aus Unternehmen, Kammern, Verbänden, Kommunen und auch den Universitäten eine Plattform bieten.

Für die Freien Berufe, Herr Waiz, ist dabei das Instrument der europapolitischen Vorfeldebetrachtung von größtem Interesse. Die frühzeitige Information über politische Pläne der europäischen Institutionen sollte dabei nicht nur für die Landesregierung, sondern auch für die Kammern und Verbände der Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen ein wesentliches Element für ein europapolitisches Frühwarnsystem werden. Ziel Nordrhein-Westfalens muss es aus unserer Sicht sein, frühestmöglich Einfluss auf den europäischen Rechtsetzungsprozess zu nehmen.

Zwar hat die Wissenschaft mittlerweile die Aussage des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors aus dem Jahr 1988 widerlegt, der schätzte, „in zehn Jahren werden 80 Prozent der Wirtschaftsgesetzgebung, vielleicht auch der steuerlichen und sozialen, gemeinschaftlichen Ursprungs sein“, doch die Zahl der in Deutschland verabschiedeten Gesetze, die durch die Europäische Union beeinflusst werden, ist heute trotzdem beachtlich. So sind in Deutschland durchschnittlich 40 Prozent der Gesetze nach einer neuesten wissenschaftlichen Untersuchung der FernUniversität Hagen durch die EU beeinflusst. Zwischen 2002 und 2005 sind in der Umweltpolitik 81,3 Prozent der deutschen Gesetze durch einen europäischen Impuls beeinflusst worden. In der Innenpolitik betrug der Anteil 12,9 Prozent, in der Wirtschaftspolitik 40 Prozent.

Herr Waiz, dass der Gesamtanteil der europäisierten Gesetze bei 40 Prozent liegt, lässt für die Freien Berufe zunächst hoffen, hat die Gesetzgebung der Europäischen Union doch zunehmend Auswirkungen auf die Berufsbilder und Tätigkeitsfelder der Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen und Deutschland. Die Freien Berufe wünschen sich von der Politik in Nordrhein-Westfalen, dass gemeinsam der europäische Gesetzgebungsprozess kritisch-konstruktiv im Vorfeld begleitet wird. Wir wollen, dass die Qualität freiberuflicher Leistungen im Sinne eines wohlverstandenen Verbraucherschutzes und einer Qualitätssicherung auch in Zukunft gewährleistet wird. Für die Freien Berufe ist eine Vertretung freiberuflicher Interessen in Brüssel und Straßburg mindestens genauso wichtig wie die Interessenvertretung auf Bundesebene.

Herr Waiz, nun haben Sie das Wort.